

SIEMENS

Korruption in der Karibik?

Fünf Jahre nach der spektakulären Schmiergeldraffia der Münchner Staatsanwaltschaft bei Siemens wird der Konzern erneut von seiner unrühmlichen Vergangenheit eingeholt. Wie eine Sprecherin der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth bestätigt, ermittelt die Behörde gegen drei Mitarbeiter der Medizintechniksparte wegen des Verdachts der Untreue, Bestechung im geschäftlichen Verkehr und Bildung schwarzer Kassen. Die Angestellten sollen Aufträge von karibischen Klinikbetreibern mit Bakschischzahlungen ergattert haben, die sie als Provisionen tarnten. Ein Teil der Gelder soll sogar noch 2008 geflossen sein – als das Unternehmen seine Antikorruptionsregeln bereits massiv verschärft hatte. Ausgelöst wurde das Strafverfahren durch eine Geldwäsche-Verdachtsanzeige des Finanzamts. Sie ging schon 2009 bei der Generalstaatsanwaltschaft Nürnberg ein. Im Sommer 2010 durchsuchten Fahnder dann unter anderem Geschäftsräume der Siemens-Medizintechniksparte in Erlangen, um den Verdacht zu erhärten. Ein Konzernsprecher wollte sich im Hinblick auf die laufenden Ermittlungen nicht zu dem Vorgang äußern, versichert allerdings, dass Siemens eng mit den Behörden kooperiert.



Bankgebäude in Zürich

STEUERABKOMMEN

Höhle des Bösen

Offenbar will Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) das Steuerabkommen mit der Schweiz nachverhandeln. So möchte er eine Einigung mit den SPD-geführten Ländern im Bundesrat erreichen, die damit drohen, den Vertrag scheitern zu lassen. Aus Sicht der SPD kommen Steuersünder mit der Vereinbarung zu billig davon. Der Vertrag regelt, wie Schwarzgeld in der Schweiz besteuert werden soll und welche Zahlungen Hinterzieher leisten müssen, um von Strafverfolgung verschont zu bleiben. Schäuble wolle durchsetzen, dass die deutschen Finanzbehörden künftig öfter als vereinbart die Hilfe der Schweiz in Anspruch nehmen können, heißt es in beteiligten Ländern. Bislang ist die Zahl solcher Auskunftersuchen auf höchstens 999 für zwei Jahre beschränkt. Bund und Länder wollen ihren Zwist in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe bis Anfang 2012 beilegen. Neben dem Finanzministerium sind daran Bayern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen beteiligt. Derzeit sind etliche Schweizer Emissäre unterwegs, um bei Politikern für den Vertrag zu werben. Berns Berliner Botschafter Tim Guldemann wagt sich dabei sogar in die Höhle des Bösen: zu Deutschlands oberstem Steuerfahnder Thomas Eigenthaler – mit Argumenten, die er allerdings auch schon von Schäuble gehört habe, sagte der Chef der Deutschen Steuer-Gewerkschaft hinterher.



Schäuble

EADS

Ungeliebte Staatsbeteiligung

Kaum hatte der Bund verkündet, dass er über die Staatsbank KfW beim europäischen Luftfahrt- und Rüstungskonzern EADS einsteigen will, ließ der Konzern Statements seines Airbus-Chefs Thomas Enders verbreiten. Dieser Schritt sei „nicht hilfreich für die weitere Entwicklung“ der Unternehmensgruppe. Vor allem in den USA, argumentieren hochrangige EADS-Manager, gelte das Unternehmen schon jetzt als verlängerter Arm der französischen Regierung, die 15 Prozent der Anteile hält. Deshalb sei es bereits in der Vergangenheit schwierig gewesen, dort Aufträge großer amerikanischer Airlines hereinzuholen, Tankflugzeuge zu verkaufen oder

Firmen zu erwerben. Übernimmt die KfW, wie beabsichtigt, Mitte 2012 im Auftrag der deutschen Regierung gut sieben Prozent an EADS, warnen die Kritiker, dürfte sich das Image-Problem noch verstärken. EADS würde dann in den USA endgültig als Staats-

unternehmen angesehen. Auf Druck der FDP soll nun zumindest sichergestellt werden, dass kein Regierungsvertreter in den EADS-Aufsichtsrat einrückt. Stattdessen soll ein KfW-Manager die Interessen des Bundes wahrnehmen.



Airbus-Produktion in Hamburg